Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter zum „Berliner Tageblatt“: Jeden Montag „Feierzeit“, jeden Mittwoch „Technische Rundschau“, jeden Donnerstag und Sonntag illustrierte Chronik „Der Welt-Spiegel“, jeden Freitag das illustrierte Witzblatt „Ulk“, jeden Sonnabend „Haus, Hof, Garten“. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Russlands und der Donauländer; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch d. Exped. d. Blattes möglich. In Berlin abonniert man b. d. Haupt-Expedition SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Abonnements-Preis durch d. Post bezog. vierteljährl. 6 M. Ausland exkl. Postaufschlag; für Berlin b. tägl. zweimal. Zustellung 4 M. vierteljährl. 6 M. Direkt unt. Kreuzb. vierteljährl.: Für Russland 18 M. Für Inland 14 M. Inseraten-Preis: Seite 70 Pf. (General-Anzig.* 40 Pf.). Inseraten- u. Abonnem.-Annahme in d. Haupt-Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, u. den Filial.: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 38; Bahnhofstr. 32 (a. Wittenberg-Platz); Turmstr. 33; Potsdamerstr. 2; Schlossstr. 2; Schlossstr. 31; Grosse Frankfurterstr. 31; Schulzendorferstr. 27 (am Wedding-Platz); Schönebergerstr. 8; Charlottenburg, Kantstraße 34; Rixdorf, Prinz Handjerystraße 83/84; Pankow, Berlinerstr. 13 b; Lichtenberg, Frankfurt. Chaussee 129; Weissensee, Königs-Chaussee 61 b.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 389
37. Jahrgang

und Handels-Zeitung.

Sonntag
2. August 1903

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 62, sowie „Ziehungs-Liste“ Nr. 20.

Politische Wochenschau.

Von
Ludwig Sochaczewer (l. B.).

Wenn die hohe und allerhöchste Politik in persönlichen Begegnungen der regierenden Männer kulminiert, so ist das immer ein Fest; wenn nicht für die Völker, so doch für die Diplomaten. Und selbst wenn es die Regierenden anderer Länder sind, sieht man manchmal auch bei uns schon alle Blütenträume reifen. Die verflossene Woche war gleich eine Kette solch schöner Tage. Die Reise des Präsidenten Fallières, die Begegnung von Reval mit ihren obligaten Friedensversicherungen, die ebenfalls eminent friedensfreundlichen Kundgebungen britischer Diplomaten, die unmittelbar bevorstehende Fahrt des deutschen Kaiserpaares nach Stockholm, die nunmehr definitiv angekündigte Entrevue auf Schloß Friedrichshof zwischen dem Kaiser und dem königlichen Ohm von England und endlich die Wendung der Dinge in der Türkei, die ja zweifellos, sofern sie von Bestand ist, eine Neuorientierung der europäischen Gesamtpolitik zur Folge haben muß: kein Wunder, daß die Kabinette aller Herren und Länder in heller und, wie es scheint, in durchweg freudiger Aufregung sind.

Sicherlich hat die türkische Ueberraschung am meisten zu dem Umschlag der Stimmung beigetragen. Es ist wie beim „Fensterln“. Die Nebenbuhler, die sich noch eben bis aufs Messer bekämpft, fallen sich in die Arme, sobald die Schöne ihnen beiden die Kammertür schließt. In der Tat kann die mit so beispiellos begeisterten Kundgebungen begrüßte türkische Verfassung — der Vergleich mit Rußland und Persien liegt nahe! — nicht nur die Emanzipation der Jungtürken und die Emanzipation der türkischen Frau, sondern auch eine Emanzipation der türkischen Politik bedeuten. Noch klingt es ja fast wie eines der Märchen aus den tausend Nächten, wenn man liest, wie das Volk der Moslim durch die Straßen der alten Konstantinopolis zieht, um den Paschidah und in einem Atem auch — in Byzanz! — die Freiheit leben zu lassen! Wenn man hört, daß Abdul Hamid, der 32 Jahre lang ein Gefangener in Jildis gewesen, zur mitternächtigen Stunde auf dem Balkon erscheint, um eine Ansprache an seine „lieben Kinder“ zu richten! Man denkt unwillkürlich an die Geschichte jener Verfassung, die jetzt erneuert worden, an die Geschicke jenes ersten türkischen Parlaments, das am 23. Dezember 1876 geschaffen und am 4. Februar 1878 nach Hause geschickt wurde. Damals soll Abdul Hamid, der 36jährige, erklärt haben, von nun ab werde er in die Fußstapfen seines großen Ahns, des Sultans Mahmud, treten, denn gleich ihm erkenne er nun, daß er nur mit Gewalt die Völker führen könne, deren Leitung Allah ihm übertragen.

Jener Mahmud — in der Türkei ist man weniger jubiläumsfreudig als bei uns, sonst hätte man dort gestern die Säkularfeier seiner Thronbesteigung (1. August 1808) begehen können — jener Mahmud war wirklich ein großer Sultan. Groß in seinen Lüsten und Leidenschaften, aber auch groß in seinen Ideen. Er hat erneuert den nachmaligen Generalfeldmarschall Moltke nach der Türkei berufen und war auf dem besten Weg, das Reich der Osmanen auch kulturell zu reformieren, hätte er nicht Widerstand gefunden bei jener Macht, die auch heute noch mächtiger als der mächtigste Sultan, beim Scheik ul Islam. Daß diesmal der Scheik die Reformbewegung unterstützt und begünstigt hat, daß Abdul Hamid diesmal in die Hände des Scheiks und auf den Koran die neue, alte Verfassung beschworen, erscheint uns wirklich als eine Garantie, als die mächtigste, vielleicht die einzige.

Wenn der Begeisterungstaumel in Konstantinopel allmählich verebbt sein wird, wird man sich voraussichtlich zwei dringlichen Fragen gegenübersehen: der Frage nach der Finanzierung der versprochenen Reformen, und der Frage, wie die Ultra-Radikalen, die jetzt bereits im ungewissen Lichte der Preß-, Rede- und Gewissensfreiheit die Fisel zu regen beginnen, vor Torheiten zu bewahren. Dann wird vielleicht auch wieder die Stunde der Mächte gekommen sein, die sich jetzt samt ihrem Reformprogramm in die Art Beobachtungsstellung zurückgezogen haben.

Die veränderte Situation am Bosporus ist zweifellos auch in eval einer der wesentlichsten Gegenstände der Unterhaltung zwischen dem Zaren und dem Präsidenten, zwischen Pitch und Iswolsky gewesen. Die Entrevue vom 27. Juli hatte, sogar bei den Nächstbeteiligten selbst, nicht mehr den gleichen Eindruck hervorzurufen vermocht wie vor Jahren die Tage vor Kronstadt, auch nicht einmal wie die Begegnung, die am 10. Juni zwischen dem Zaren und König Eduard an der gleichen Stelle vor sich gegangen. Die französisch-Interessen konzentrieren sich in diesem Augenblick so ausschließlich auf Marokko, daß man in Paris der orientalischen Aktion seiner beiden Kompagnons nur mit den sozusagen platonischen Empfindungen des „stillen Teilhabers“ zusieht. Heute ist England für Frankreich der wertvollere Alliierte, und aus der einstigen sonnene Freundschaft geworden. So hat selbst die fast ein-ständige geheime Konversation zwischen Nikolaus und Fallières, ganz abgesehen davon, daß sie bei der eigenartigen staatsrechtlichen Stellung des Präsidenten ohnehin nicht lange Geheimnis bleiben kann, die Neugierde der Welt nicht sonderlich gereizt. Das Interessanteste an der Entrevue war vielmehr, daß Herr v. Iswolsky in dem Kommentar, den er zu den offiziellen Trinksprüchen veröffentlichen ließ, so deutlich und so auffällig „die auf Notwendigkeit und Ueberlieferung beruhende Freundschaft mit Deutschland“ betonte.

War es ein zufälliges Zusammentreffen, daß an dem gleichen Tag, an dem der russische Minister des Aeußeren diese Erklärung abgab, auch der Leiter der britischen auswärtigen Politik, Sir Edward Grey, jene Rede hielt, in der er mit vornehmer und sympathischer Sachlichkeit nun auch seinerseits dem „Märchen von der Einkreisung Deutschlands“ zu Leibe ging? Die Worte Greys, die offenbar so etwas wie eine Antwort auf die immerhin kriegerische Sprache Lord Cromers sein sollten, sind freilich doppelt bemerkenswert. Es ist bezeichnend, daß Sir Edward es ein „delikates Thema“ nannte, als er auf die Beziehungen zwischen Deutschland und England zu sprechen kam. Ein Bodensatz von Argwohn war auch in dieser Rede noch zu erkennen und man hat mit Recht an das Wort Gambettas erinnert: „Vergessen wir es niemals, aber sprechen wir nicht davon!“

Viel impulsiver als Grey sprach folgenden Tages vor dem Friedenskongreß der alte Feuerkopf Lloyd George. Er plädiert für eine positive Annäherung an Deutschland, eventuell auch auf Kosten des berühmten Zwei-Mächte-Standards der britischen Flotte. Die Rede scheint aus diesem letzteren Grunde jenseits des Kanals weniger guten Eindruck gemacht zu haben als diesseits.

Der englische Chauvinismus hat im übrigen zur selben Zeit, da Edward Grey und Lloyd George die „unverantwortlichen“ Politiker zum Frieden mahnten, ein kleines Meisterstückchen zuwege gebracht. „Times“ und „Reuter“ versuchten, es so darzustellen, als sei die politische Renaissance in der Türkei eine Wirkung der britischen Politik, und als bedeute das Ende des absolutistischen Regimes am Bosporus zugleich das Ende des deutschen Einflusses in der Türkei wie in Kleinasien. Die deutschen Offiziösen haben alsbald mit einem kleinen „kalten Wasserstrahl“ geantwortet: sie weisen auf den Widerspruch zwischen diesen Preßäußerungen und der Rede Greys hin, und sie betonen, daß gerade die deutsche Politik im nahen Orient immer das geschützt habe, was die englische bedrohte: die Integrität des osmanischen Reiches. In der Tat wird aus London gemeldet, daß die britischen Reformvorschläge auf direktes Bitten des Sultans zurückgestellt worden seien, daß der Sultan sich dazu der „guten Dienste“ Deutschlands bedient habe, und daß gerade auf diese Vermittelungsaktion die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen zurückzudatieren sei, die sich am 11. August in Schloß Friedrichshof dokumentieren soll . . .

Zwischen den beiden Reisen, der Heimkehr von Norwegen und der Ausreise nach Schweden, hat der Reichskanzler dem Kaiser in Swinemünde Vortrag halten dürfen. Wie man wohl annehmen darf, nicht nur über äußere, sondern auch über innere Politik. Am selbigen Donnerstag (noch oder schon?) hat denn auch in der aktuellsten innerpolitischen Frage, in der Affäre Schücking, die Regierung den Rückzug angetreten. Einen etwas ungeordneten Rückzug, wie uns scheint! Ueber den Zwischenfall und seine Bedeutung wird man sich ja kaum irgendwo irgendwelchen Illusionen hingeben. Bei allen diesen „Fällen“ handelt es sich nicht um die Entgleisung eines übereifrigen Regierungspräsidenten, eines hyperorthodoxen Ministerialdirektors oder eines überlungen Ministers. Es handelt sich vielmehr um ein System der Entgleisungen, um eine zielbewußte Politik der Reaktion, eine Politik, die jedenfalls die von unseren „Patrioten“ so sehr beklagte „Simplizissimus-Stimmung“ im Lande nicht beseitigen, sondern nur stärken kann. Der „Fall Schücking“ hat aber daneben noch ein spezielles Interesse. Es drängt sich einem nämlich die Frage auf, ob sich denn das vielgelobte preußische Beamtentum mit einem Male in einem Zustande völliger Anarchie befindet. Der Ministerpräsident tritt im Landtage auf und gelobt feierlich die strengste und absoluteste Unparteilichkeit der Beamten bei den Wahlen. Die Landräte aber setzen sich mit souveräner Nichtachtung über das Gelöbnis hinweg. Herr v. Moltke bemängelt — die „Norddeutsche“ versichert es! — einen Artikel des Hufumer Bürgermeisters und will ihn „geprüft“ wissen. Der Regierungspräsident aber leitet ein hochnotpeinliches Verfahren auf Amtsentlassung ein, das sich auf fünf Artikel und eine Broschüre erstreckt, und haranguiert zudem den Bürgermeister, Hand in Hand mit der Militärbehörde, auch noch wegen seiner freisinnigen Landtagskandidatur. Noch einmal: Herrscht Anarchie in Preußen? Sitzen Minister oder hilflose Greise am Steuer? Es geht auf die Dauer einfach nicht an, daß in Preußen jeder Regierungspräsident, Landrat oder Regierungsreferendar machen kann, was ihm beliebt, und daß der verantwortliche Minister, wenn ihm dann einmal die Flut des öffentlichen Protestes an den Hals steigt, sich von jeder Verantwortlichkeit freispricht. Wo bleibt die „starke Hand“ des Herrn v. Moltke? Wo die „Tatkraft“ des Herrn v. Bülow? Sind sie — müde?

Izzet Paschas Flucht.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Konstantinopel, 1. August.

Der frühere zweite Sekretär des Sultans, **Izzet Pascha**, der wegen seiner reaktionären Gesinnung allgemein verhaßt ist und sofort nach der Wiederherstellung der Konstitution aus seinen Aemtern entlassen worden war und nach Syrien verbannt werden sollte, ist heute nachmittag um 5 Uhr, nachdem er sich den Bart hatte abnehmen lassen, **an Bord eines ausländischen Dampfers entflohen.** Während es zunächst hieß, der gestürzte Großwürdenträger habe sich auf das englische Schiff „Assuan“ geflüchtet, hat es jetzt den Anschein, als habe er sich eines rumänischen, nach Constanza bestimmten Dampfers bedient. Am Kai fanden sich auf das Gerücht von der Flucht Izzet Paschas viele Menschen ein, darunter eine Anzahl betrübter Gläubiger, die ihren durchgebrannten Schuldner suchten.

Fuad Pascha hat telegraphisch hierher berichtet, daß er am heutigen Sonnabend von seinem Verbannungsort Damaskus nach Konstantinopel abreisen werde. Seine Ankunft in der Hauptstadt wird mit allgemeiner Spannung erwartet.

Heute abend überbrachte Nouri Pascha dem Großwesir den Firman des Sultans, der Said unbeschränkte **Vollmacht** gibt zur **Bildung eines konstitutionellen Ministeriums.**

Infolge blinden Alarms, hervorgerufen durch einen unbedeutenden Streit in Galata, schlossen heute alle Läden auf der Treppenstraße bis hinauf nach Pera. Bald trat wieder Ruhe ein; jedoch ist der Vorgang charakteristisch für die Nervosität der Bevölkerung.

Hier verlautet, daß umfangreiche Garnisonwechsel bevorstehen; angeblich sollen 30,000 Mann von Saloniki nach Konstantinopel verlegt werden.

Aeusserungen des Sultans über die Verfassung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 1. August.

Der Scheich ul Islam gewährte dem Spezialkorrespondenten des „Temps“ in Konstantinopel eine Unterredung und erklärte folgendes: Der **Sultan,** welchem ich Mitteilung von der Aufregung und dem Mißtrauen der Bevölkerung machte, **sagte:** „Ich habe die Konstitution, welche ich in der Anfangszeit meiner Regierung verliehen hatte, wieder aufgehoben, weil das Land dafür noch nicht vorbereitet war. Ich proklamiere sie diesmal endgültig und wünsche absolut, daß sie praktisch verwirklicht werde. Ich schwöre vor dem Scheich ul Islam, daß die Erhaltung der Verfassung meine einzige Sorge sein wird.“

Diesen Eid, fuhr der Scheich ul Islam fort, hat der Sultan mir zweimal geleistet. Wenn der Kalif einen solchen Schwur zweimal vor der höchsten geistlichen Behörde des Islam ausspricht, so darf man nicht einen Augenblick argwöhnen, daß er ihn verletzen könnte.

In bezug auf die Frage einer etwaigen Abänderung der **Thronfolge** meinte der Scheich, ein solcher Verstoß des Sultans gegen ein überliefertes Gesetz sei bereits früher undenkbar gewesen, als die Verfassung noch nicht existierte. Jetzt sei die Tradition durch die geschriebene Verfassung sanktioniert, ein Zuwiderhandeln dagegen unmöglich. Scheich ul Islam schloß die Unterredung mit der Versicherung, daß die Türkei wahre Neigung für den Fortschritt und keinen religiösen Haß gegen die Christen hätten.

Eine grossserbische Verschwörung.

Neue Enthüllungen zum Cetinjer Bombenprozeß.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

Budapest, 1. August.

Hier ist heute eine Broschüre erschienen, die jedenfalls großes Aufsehen erregen wird. Georg Nastitsch, der Hauptzeuge bei dem Bombenprozeß in Cetinje eine große Rolle gespielt hatte, tritt in dieser Broschüre mit neuen Enthüllungen hervor. Er erklärt, daß die in seiner Gegenwart in der serbischen Staatsmunitionsfabrik in Kragujewac verfertigten Bomben tatsächlich nicht für Cetinje bestimmt waren, sondern daß sie vielmehr in den Dienst der großserbischen Propaganda gestellt werden sollten. Es habe in Belgrad nämlich ein **revolutionärer Verband** bestanden, dem außer Nastitsch und einer Anzahl anderer Leute auch ein naher Verwandter des serbischen Königs, Jaša Nenadowitsch, der Redakteur der „Slowenska Jung“, und die kroatischen Landtagsabgeordneten Pribicsewitsch und Budisawljewitsch angehört hätten. Der Verband habe ein revolutionäres Statut aufgestellt, worin die Mittel und Wege näher bezeichnet waren, die zu einem **allgemeinen Aufstand der Südslawen** führen könnten. Eine photographische Abbildung dieses revolutionären Statuts ist der Broschüre beigefügt. Der Verfasser des Statuts ist Oberleutnant Pribicsewitsch, der zurzeit in serbischen Diensten steht und früher im österreichischen Heere als Offizier diente; er ist der Bruder des Landtagsabgeordneten Pribicsewitsch. Nastitsch betont, daß die Pläne des Verbandes **dem serbischen Hofe wohlbekannt** gewesen seien.